

Nr. 01/15 vom 15.01.2015

Arbeitskreis Zukunftsenergien

Steigerung der Energieeffizienz – Aktionsplan oder Aktionismus?

Berlin. Das Bundeskabinett verabschiedete am 3. Dezember 2014 den „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ (NAPE). Seine wichtigen Elemente sind der Vorschlag zur Einführung einer steuerlichen Förderung von energetischen Gebäudesanierungen, wettbewerbliche Ausschreibungen für Energiesparprojekte sowie die Etablierung von bis zu 500 Energieeffizienz-Netzwerken. Vor diesem Hintergrund ging das Forum für Zukunftsenergien im Rahmen seines Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ am 14. Januar 2015 der Frage nach, wie realistisch und wirkungsvoll die vorgesehenen Maßnahmen des Aktionsplanes sind.

Der zuständige Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, Thorsten Herdan, informierte eingangs über den „Aktionsplan Energieeffizienz“ und beschrieb die nächsten Schritte zu seiner Realisierung. Hinsichtlich des geplanten Ausschreibungsmodells unterstrich er die bewusste Entscheidung zu Gunsten von Pilotvorhaben zunächst im Strombereich, wobei Ausschreibungen im Wärmebereich später folgen sollen.

Zur Vorbereitung der weiteren Umsetzungsschritte des Aktionsplans plane das Bundeswirtschaftsministerium die Implementierung einer Vielzahl von Arbeitsgruppen, u.a. zu den Themen „Finanzierung“, „Rechtsrahmen“ und „Förderung“. Herdan appellierte an die Stakeholder, sich an diesen Arbeitsprozessen zu beteiligen. Erklärtes Ziel bei der Umsetzung des Aktionsplanes sei es, möglichst auf ordnungspolitische Instrumente zu verzichten und stattdessen auf eine freiwillige Beteiligung der Betroffenen zu setzen.

Das Unternehmen Siemens AG hat sich in einer Studie mit den Energieeffizienzpotenzialen und Umsetzungshindernissen in der Industrie beschäftigt. Wie Dr. Udo Niehage (Leiter Government Affairs Berlin, Unternehmensbeauftragter Energiewende, Siemens AG) bei der Darstellung der Studienergebnisse hervorhob, wurden die Energieeffizienzpotenziale für unterschiedliche Rahmenbedingungen ermittelt: Das technische, das wirtschaftliche und das realisierbare Potenzial mit einer Amortisationsdauer von drei Jahren.

Dabei sei deutlich geworden, dass bei Vorgabe einer kurzen Amortisationsdauer nur weniger als ein Drittel des wirtschaftlichen Potenzials gehoben werde, also überproportional viel investiert werden müsste, um die Differenzeinsparung zwischen wirtschaftlichem und realisierbarem Energieeinsparpotenzial zu erzielen. In Ländern, in denen die Preise für Strom und Wärme niedrig und das technische Energieeinsparpotenzial hoch seien, betrage das wirtschaftliche Energieeinsparpotenzial trotzdem nur etwa 20 %.

Dr. Niehage sprach sich unter diesen Umständen für neue Rahmenbedingungen in Industrie und Politik aus: Bei der Hebung der realisierbaren Potenziale könne davon ausgegangen werden, dass bessere Informationen, Best-Practice-Sharing etc. im Hinblick auf die Potenziale und Technologie helfen, die Potenziale zu erschließen. Bezüglich der wirtschaftlichen Potenziale sei zum einen ein Umdenken in der unternehmerischen Praxis hin zu einer längerfristigen Lebenszyklusbetrachtung hilfreich, zum anderen seien aber auch als Beitrag der Politik Investitionsanreize, Förderprogramme, steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten etc. gefragt.

Dr. Jörg Rothermel (Abteilungsleiter, Verband der Chemischen Industrie e. V.) vertrat die Position der Anwender der Energieeffizienztechnologien. Er verdeutlichte, dass die

chemische Industrie in den vergangenen Jahrzehnten ihre Energieeffizienz deutlich gesteigert und sogar eine absolute Energieverbrauchs- und Treibhausgasminde­rung trotz einer erheblichen Produktionssteigerung erreicht habe. Das Tempo der Effizienzsteigerung habe sich in den letzten Jahren jedoch deutlich verringert, weil die großen und kostengünstigen Potenziale bereits weitgehend gehoben worden seien.

Nach seiner Auffassung, ist für den industriellen Bereich eine zusätzliche Effizienzregelung wie der NAPE nicht erforderlich, da dieser durch vorhandene Regelungen, wie Energiesteuer, Emissionshandel und Erneuerbare-Energien-Umlage, bereits überreguliert sei. Darüber hinaus verfolgten der NAPE ebenso wie die zugrunde liegende EU-Energieeffizienzrichtlinie mit der Forderung nach einer absoluten Minderung des Energieeinsatzes eine falsche Zielsetzung. Aus industrieller Sicht dürfe Energieeffizienz nur als spezifischer Wert, d.h. Energieeinsatz bezogen auf die Produktionseinheit, definiert werden, um Wachstumsmöglichkeiten und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Die chemische Industrie begrüße, dass der NAPE außerhalb des industriellen Sektors Schwerpunkte setze. Darüber hinaus unterstütze sie den darin enthaltenen Ansatz einer freiwilligen und eigenverantwortlichen Implementierung von Energieeffizienznetzwerken im industriellen Bereich.

Wie der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V., Michael Wübbels, betonte, begrüßt der VKU, dass die Bundesregierung mit dem NAPE eine Maßnahmenliste vorgelegt hat, die sowohl auf Sofortmaßnahmen als auch auf weiterführende Arbeitsprozesse abstelle. Der NAPE könne zur Weiterentwicklung des Energiedienstleistungsmarktes einen Beitrag leisten, der von der weiteren Umsetzung der einzelnen Maßnahmen abhängt. Die Herausforderung bestehe insbesondere darin, die Maßnahmenliste zu einer Gesamtstrategie zu entwickeln, was eine differenzierte inhaltliche und zeitliche Maßnahmenabstimmung erfordere.

Wübbels verdeutlichte ferner die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung des NAPE-Ausschreibungsmodells, um die Effizienzziele zu erreichen und den Energiedienstleistungsmarkt zu beleben. So sprach er sich u.a. für angemessene Teilnahmemöglichkeiten für kleinere und mittlere EVU aus, z. B. durch Zubilligung höherer Transaktionskosten und die Zulassung von Teillosen. Außerdem sollte nicht nur auf das Kosten-Nutzen-Kriterium (ct/kWh) abgestellt werden, sondern z. B. auch auf Umsetzungswahrscheinlichkeit und Innovationsgrad.

Aus Sicht der Wohnungswirtschaft ist entsprechend den Darlegungen von Axel Gedaschko (Präsident, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. sowie Kurator, Forum für Zukunftsenergien e.V.) besonders auf den Einklang von energetischer Gebäudesanierung und bezahlbarem Wohnraum zu achten. So warnte er eindringlich davor, mit der Umsetzung des Aktionsprogramms Entscheidungen zu treffen, die vom Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen auf nicht Sozialverträglichkeit hin bewertet worden sein. Des Weiteren verwies er auf die Heterogenität von Immobilien, die es erfordere, in den weiteren Gesprächen alle einzelnen Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft mit ihrem spezifischen Wissen direkt zu beteiligen.

Stellvertretend für die Wohnungswirtschaft unterbreitete Gedaschko der Politik eine Reihe von Vorschlägen. So sprach er sich z.B. dafür aus, eine Förderung der Optimierung von Anlagen durch Zuschüsse wieder aufzunehmen und den energieeffizienten Anlagenbetrieb in der Betriebskostenverordnung zu berücksichtigen. Zudem sollte im Wohnungsbau eine 3%-ige lineare Abschreibung eingeführt werden, da die bisherigen Abschreibungssätze aufgrund der Verschiebung der Hauptkosten in die Ausbawerke nicht mehr korrekt seien. Ferner sei es wichtig, die energetische Sanierung im Quartier besser zu fördern, um eine Breitenwirkung zu erzielen. Kostengünstige bzw. geringinvestive Maßnahmen und deren Beitrag zur CO₂-Minderung seien in den Fokus zu nehmen.

Entsprechend der thematisch breit gefächerten Impulsreferate diskutierten die Bundestagsabgeordneten Dr. Herlind Gundelach (CDU/CSU), Dr. Nina Scheer (SPD), Eva Bulling-Schröter (Die Linke) und Dr. Julia Verlinden (Bündnis 90 / Die Grünen) das Thema unter der Moderation des ehrenamtlichen Vorsitzenden des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“, Dr. Frank-Michael Baumann. Insbesondere die Finanzierung der angestrebten Maßnahmen sowie deren weitere Ausgestaltung, entweder über

Ordnungspolitik oder über freiwillige Selbstverpflichtungen, standen dabei im Fokus.

Die freigegebenen Präsentationen der Vortragenden stehen für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de .

Das Forum für Zukunftsenergien bedankt sich bei der Deutsche Bank AG für die Gastfreundschaft und bei der Siemens AG für die Unterstützung.

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ des Forum für Zukunftsenergien findet am 20. Mai 2015 statt.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verband gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Katja Freitag
Projektleiterin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de